

dbb regional magazin

November 2019 • 26. Jahrgang

11

Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen



DDR-Museum Dargen

Erichs Welt

DDR-Museum Dargen

Erichs Welt

Dargen, eine Gemeinde mit knapp 600 Einwohnern auf der Insel Usedom, liegt abseits der Küste inmitten von Äckern und Wiesen. Doch ein Besuch in dem beschaulichen Dörfchen lohnt sich: Auf dem weitläufigen Gelände der ehemaligen bäuerlichen Handelsgenossenschaft befindet sich das umfangreichste DDR-Museum Deutschlands, das seit 1997 alles sammelt, was es in der Deutschen Demokratischen Republik je gegeben hat. Im stilecht eingerichteten Gastraum am Eingang zur Ausstellung begrüßt ein Porträt Erich Honeckers die Besucher in dessen Welt.

Vor 58 Jahren errichtete die DDR eine Mauer zwischen Menschen und Kulturen und schottete sich gegenüber dem Westen ab. Das sozialistische Experiment misslang, und vor 30 Jahren erfolgte die Wiedervereinigung. Viele Menschen wollten „nachholen“ und ersetzten die ungeliebten DDR-Gebrauchsgüter vom Staubsauger bis zum Automobil durch Westprodukte. Es wurde großzügig verschrottet und entsorgt, bis sich seit Mitte der 90er-Jahre allmählich die Erkenntnis durchsetzte, dass 40 Jahre DDR nicht ohne Weiteres auf der Müllhalde der Geschichte landen durften. Die ersten Sammlungen entstanden, die erhalten und bewahren wollten. Die Grundsteine für die heute existierenden DDR-Museen wurden gelegt.

Die umfangreichste Sammlung dieser Art besteht seit 2002 in Culver City, Kalifornien. Sie umfasst heute circa 100 000 Exponate aus den ehemaligen Ostblockstaaten. Die meisten Ausstellungsstücke stammen aus der DDR. Das sogenannte „WendeMuseum“ erhebt den wissenschaftlichen Anspruch, die Ära des Kalten Krieges transparent zu machen und präsentiert neben Alltagsgegenständen

den unter anderem Abhöranlagen der Stasi, Segmente der Berliner Mauer oder Geheimdokumente der DDR-Grenztruppen.

Das gibt es in Dargen nicht. Dort begann 1997 ein privat organisierter Verein mit dem Sammeln und Restaurieren von Zweiradfahrzeugen aus DDR-Produktion und dem sozialistischen Ausland. Motoren und Automobile kamen nach und nach hinzu, so dass der ursprüngliche Name der Sammlung „Technik- und Zweiradmuseum“ schon wenige Jahre nach der Gründung nicht mehr passte. Heute firmiert die Einrichtung unter der Bezeichnung „DDR-Museum Dargen“. Es trägt dem Bemühen Rechnung, den DDR-Alltag in seiner Gesamtheit nachvollziehbar zu machen, ohne einen poli-

tischen oder didaktischen Anspruch zu erheben.

■ Made in GDR

Bei unserem Besuch in Dargen Ende August 2019 parkten wir neben Pkw aus Hamburg, Köln, München, Leipzig und Magdeburg. „Warum sind Sie hergekommen“, fragen wir ein junges Paar, das aus Halle angereist ist. „Weil wir den Alltag unserer Eltern besser kennenlernen möchten und außerdem absolute Oldtimer-Fans sind“, erklärt der junge Mann. „Hier dürfen wir übrigens alles fotografieren, und sogar das Blitzen ist erlaubt. Das gibt es anderswo nicht.“ Korrekt: Bei unserem Rundgang wurde von den meisten Besuchern ohne Unterlass fotografiert, und niemand hat sich daran gestört.

Wir gehen bei unserer Besichtigung systematisch vor und folgen den Vorgaben des kleinen Flyers, der an der Kasse ausliegt. Nach dem Gastraum besichtigen wir zuerst die Ausstellung „1 000 Dinge aus dem DDR-Alltag“, die die erste der drei großen Hallen bis auf den letzten Quadratzentimeter füllen. Technische Entwicklungen lassen sich in den Themensegmenten anschaulich nachvollziehen. Das gilt besonders für die Elektrogeräte von den Röhrenradios über die Plattenspieler bis zu den Fernsehgeräten. Aber auch viele andere Modellpaletten, zum Beispiel Staubsauger, Toaster oder Wasserkocher, fehlen nicht. Als erklärendes Beiwerk sind jeweils zu den Geräten „Made in GDR“ die kleinen und großen Produkte drapiert, die im Alltag gebraucht wurden: Vom Waschmittel bis zum Soßpulver ist alles vorhanden und in den rustikalen Schaukästen zu finden. Schaufensterpuppen in den Uniformen der Post, Feuerwehr, Marine oder der Polizei halten symbolisch Wache über die wenig geschützten Exponate.

Die Seiten der drei Hallen sind in Kabinette unterteilt, die jeweils einem Spezialthema gewidmet sind: Zu sehen sind



unter anderem eine Modellanlage der 1945 von der Wehrmacht gesprengten „Eisenbahnbrücke Karnin“, Spielzeug, Motoren, Diaprojektoren, Kameras, ein Kaufladen, eine Wohnstube und mehrere kaum überschaubare Sammlungen von Zweiradfahrzeugen nahezu aller Marken und Baujahre, die jemals auf den Straßen der DDR unterwegs gewesen sind. Im Außenbereich finden sich zusätzlich eine Postfiliale, eine Minol-Tankstelle, ein Klassenzimmer, ein Ferien-Bungalow mit kompletter Inneneinrichtung und eine Bushaltestelle mit einem orangefarbenen Ikarus-Bus davor.

Das Herzstück der Ausstellung bildet nach wie vor die Pkw- und Motorradsammlung. Kein anderes Museum kann allein schon aus Platzgründen in diesem Segment mithalten. 150 Fahrzeuge sind laut dem vier Jahre alten Flyer zu besichtigen. Inzwischen dürften es über 200 sein. So genau weiß allerdings in Dargen niemand, wie viele Fahrzeuge beispielsweise aus Schenkungen oder Scheunenfundorten hinzugekommen sind. Und auch wie groß das Museumsgelände insgesamt ist, war vom Personal nicht zu erfahren.

Zu bestaunen sind neben den Zweirädern Pkw, Busse, Lkw, Nutzfahrzeuge, Wohnwagen

sowie landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren. Aus der Fülle der Exponate einzelne herauszustellen fällt schwer, doch der Trabbi ist ein Muss. Nicht nur, dass nahezu sämtliche Modelle vorhanden sind, es findet sich auch ein Elektro-Trabbi, dessen Prototyp 1970 von einem Techniker aus Dresden entwickelt wurde. Zur Serienproduktion kam es jedoch nicht.

► Go Trabbi go ...

... der Kinofilm setzte dem Kultauto bereits 1991 ein Denkmal und machte das Dachzelt, genannt „Pension Sachsenruh“ oder „Leinwandvilla“ auch im Westen bekannt. Die Erfindung von Gerhard Müller aus Limbach-Oberfrohna prägte seit Mitte der 70er-Jahre das Camping in der DDR. Etwa 130 Zelte produzierte Müllers Firma im Jahr, die 700 Mark kosteten. Die Wartezeit betrug drei Jahre. Noch heute finden regelmäßige Treffen der „Dachcamper“ statt. Ein Trabbi-Motor erfüllt auch einen wichtigen Zweck in einem zum „Durstlöscher“ umgebauten Barkas B1000, der in dieser Form von 1961 bis 1990 hergestellt wurde. Der Motor diente als Antrieb der Zapfanlage im inneren des Häuschens. Ein 0,25-Liter-Glas Bier kostete laut Speisekarte 0,40 Mark. Eine Bockwurst mit Brötchen und Senf war für 0,85 Mark zu haben.

Tipp

Das Museum veranstaltet mehrmals im Jahr DDR-Oldie-Treffen, bei denen sich Motorsportfans aus dem In- und Ausland ein Stelldichein geben. Die zum Gelände gehörende Festwiese bietet Campern zu diesen Anlässen Übernachtungsmöglichkeiten. Infos: www.museumdargen.de

Der Dargener Museumsverein erwirbt weder systematisch neue Objekte noch existiert ein Ausstellungskatalog, der zumindest die wichtigsten Exponate beschreiben und übergeordnete Zusammenhänge herstellen würde. Wer sich indes die Mühe macht, drei bis vier Stunden Zeit zu investieren, um die relativ ausführlichen Beschreibungen an ausgesuchten Objekten zu lesen, gewinnt gute Einblicke in Erichs Welt, die eigentlich gar nicht seine Welt war. In Dargen zeigt sich der Alltag der Menschen in der DDR, und davon waren Erich Honecker wie auch seine Amtsvorgänger weit entfernt.

Nach dem Rundgang sollte eine Rast im Gastraum nicht fehlen. Er ist ganz im Stil der 80er-Jahre eingerichtet, und die Küche bietet eine kleine Auswahl DDR-typischer Speisen. Die Soljanka ist zu empfehlen, der frisch gebackene Blechkuchen ebenfalls. „Platziert“ wird allerdings niemand mehr. Jeder mag Platz nehmen, wo er möchte – bei schönem Wetter gerne auf der Terrasse.

sm



dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für: Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Michael Jung
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Doreen Löser

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: Walter Schmitz

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714.

Anzeigendisposition: Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 22, gültig ab 1.10.2018

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

► Öffnungszeiten

Das Museum ist vom 1. April bis 31. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr und vom 1. November bis 31. März von 10 bis 15 Uhr geöffnet. Vom 15. bis 31. Januar und vom 20. November bis 10. Dezember bleibt das Museum geschlossen. Der Eintritt kostet 7,50 Euro, ermäßigt 5 Euro.

DDR-Museum Dargen/Usedom e.V.
Bahnhofstraße 7, 17419 Dargen
Telefon/Fax: 038376.20290
E-Mail: museumdargen@t-online.de
Web: www.museumdargen.de



dbb Dienstrechtskommission

Der öffentliche Dienst muss attraktiver werden

Am 30. September 2019 traf sich die Dienstrechtskommission des dbb m-v unter der Leitung des Kommissionsvorsitzenden Thomas Krupp. In ihr sind die Einzelgewerkschaften des dbb m-v vertreten, die eine hohe Zahl an Beamten organisieren.

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht fasste die Ideen zusammen, die zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes im Gespräch mit der Ministerpräsidentin erörtert worden waren. Als Gast stellte Ministerialdirigentin Dr. Carola Voß, Abteilungsleiterin der Abteilung 1. Allgemeine Abteilung, Ressortübergreifende Personalstrategie, Geschäftsstelle „Zukunft der Verwaltung MV“, das geplante weitere Vorgehen aus Sicht der Staatskanzlei

Mecklenburg-Vorpommern dar und ging unter anderem auf die Imageverbesserung des öffentlichen Dienstes, Möglichkeiten von Altersteilzeit, Personalentwicklung, Entgegenwirken von Arbeitsverdichtungen und Telearbeit ein.

In der Diskussion zeigte sich, dass es weiteren Gesprächsbedarf zu offenen Fragen gibt: „Wir werden jetzt die Themen einzeln vertiefen, um greifbare Lösungen zu finden“, so Krupp.



© dbb m-v

dbb Chef Dietmar Knecht fügte hinzu: „Wir werden unser Vorgehen zum Wohle unserer Mitglieder weiterhin eng mit der Staatskanzlei und dem Ministerium für Inneres und Europa abstimmen, um zügig Ergebnisse zu erreichen.“

Im Anschluss an die Sitzung der Dienstrechtskommission lud Thomas Krupp zum 1. komba Stammtisch in die gemeinsame Landesgeschäftsstelle von dbb und komba m-v ein – einem lockeren Treffen aller Beschäftigten der in Schwerin und Umgebung ansässigen Dienststellen und Behörden. Die Einladung richtete sich nicht nur an Mit-

glieder aus der komba und den Fachgewerkschaften des dbb m-v, sondern auch an andere Interessierte und Engagierte. Unter anderem diskutierten die rund 30 Teilnehmenden das Ansehen des öffentlichen Dienstes bei der Politik, das „auf jeden Fall verbesserungsfähig“ sei, so Krupp, der neben dbb Landeschef Dietmar Knecht auch Staatssekretär Thomas Lenz, Abteilungsleiter Jörg Hochheim sowie Wolfgang Isbarn aus dem Innenministerium begrüßte. Der große Zuspruch zeigt, wie wichtig auch heute in Zeiten von Social Media noch ein direkter Austausch zwischen Kollegen ist. ■

2. Rechtsschutztag des DLZ Nord

Rechtsschutz effektiver gestalten

Am 23. Oktober 2019 hatte das dbb Dienstleistungszentrum Nord die Rechtsschutzbeauftragten der dbb Mitgliedsgewerkschaften in seine Räume an der Hamburger Stadthausbrücke eingeladen, um gemeinsam darüber zu sprechen, wie die Zusammenarbeit optimiert und im Sinne der Mitglieder noch effizienter gestaltet werden kann.

Zunächst stellten sich die insgesamt neun im DLZ Nord tätigen Juristinnen und Juristen sowie die sie unterstützenden Mitarbeiterinnen den anwe-

senden Rechtsschutzbeauftragten aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern vor. Das



© dbb m-v

> Der dbb m-v war mit sechs Rechtsschutzbeauftragten in Hamburg vertreten – im Foto gemeinsam mit den für M-V zuständigen Anwälten Ruben von Feder (links) und Thorsten Prein (rechts).

Team, das bereits seit vielen Jahren für den dbb tätig ist, sieht sich einer ständig zunehmenden Zahl von Fällen gegenüber – im Durchschnitt kom-

men auf jeden Juristen 200 bis 250 Fälle pro Jahr.

Das bedeutet, dass jeder Anwalt pro Werktag rund einen

Fall bearbeiten und abschließen muss. Daraus wird deutlich, wie wichtig es ist, dass die eingehenden Rechtsschutzanträge sorgfältig ausgefüllt und das Ziel des Rechtsschutzbehrens konkret benannt werden müssen, damit die Juristen nicht noch den Sachverhalt er-

mitteln und Unterlagen beschaffen müssen, bevor sie mit ihrer eigentlichen Arbeit beginnen können.

Aus diesem Grund hat der dbb gemeinsam mit dem DLZ ein neues Rechtsschutzformular erarbeitet, das in den nächsten

Wochen allen Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften zur Verfügung gestellt wird. Auf vielfachen Wunsch handelt es sich hierbei um ein ausfüllbares PDF-Dokument, das in elektronischer Form übermittelt werden kann. Ebenfalls neu erarbeitete Checklisten für

die unterschiedlichen Rechtsschutzfälle aus den verschiedenen Rechtsgebieten sollen unter anderem sicherstellen, dass die jeweils gültigen Fristen beachtet und alle für den konkreten Fall relevanten Unterlagen vollständig eingereicht werden. ■

Bildungsausschuss des Landtages

Gemeinsame Stellungnahme von dbb und vhw m-v

Die Änderung hochschulrechtlicher Regelungen steht bevor. Aus diesem Grund hatte der Bildungsausschuss des Landtages davon betroffene Verbände zur öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf am 23. September 2019 in den Plenarsaal des Schweriner Schlosses eingeladen.



© Landtag m-v

An der Anhörung nahmen 19 Sachverständige teil. Der Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw m-v) hatte seine Stellungnahme im Vorfeld mit dem dbb m-v abgestimmt. So vertrat der vhw-Landesvorsitzende Professor Manfred Krüger sowohl seinen eigenen Verband als auch seinen Dachverband. Die gemeinsame Stellungnahme von dbb m-v und vhw m-v ist in der Drucksache

7/262-28 des Bildungsausschusses zu finden. Jeder der geladenen Sachverständigen konnte zunächst in einem fünfminütigen Statement die Kernpunkte seiner vorab veröffentlichten Stellungnahme zum Gesetzentwurf vor dem Bildungsausschuss darlegen. Die ausführlichen Stellungnahmen wurden zuvor an die Abgeordneten verteilt und auf der Homepage des Bildungs-

ausschusses eingestellt. Insgesamt nahmen in dieser Runde acht Sachverständige zum Gesetzentwurf der Landesregierung Stellung.

Professor Krüger fokussierte in seinem Statement folgende Themen:

- > gute Beschäftigungsbedingungen mit besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- > Förderung der Frauen in der Wissenschaft mit einer Quotenregelung nach dem in der Wissenschaft etablierten Kaskadenmodell
- > Verpflichtung zur Kooperation zwischen den Universitäten und Fachhochschulen, insbesondere bei kooperativen Promotionsverfahren
- > ein einheitlicher Zugang zur Promotion für alle Hochschulabsolventinnen und -absolventen
- > Verfahrensweise in Promotionsverfahren in den sogenannten solitären Fachgebieten
- > Aufhebung der Pflicht der Hochschulen zur Akkreditierung ihrer Studiengänge
- > wissenschaftliche Redlichkeit und wissenschaftliches Fehlverhalten
- > Qualifizierungsvereinbarungen für wissenschaftliche Nachwuchskräfte
- > Daueraufgaben mit Dauerstellen ausgestalten
- > Tenure-Track als Qualifikationsprofessur mit Entwicklungszusage, aber ohne Regelbeförderung
- > Vergabe von Lehraufträgen
- > Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte
- > Gründung von Unternehmen durch die Hochschulen zum Zwecke der Organisation des Weiterbildungs- und Fernstudienangebots ■

Norddeutscher Lehrertag des VBE

Digitalisierung braucht Fortbildung

160 Lehrerinnen und Lehrer aus sechs Bundesländern trafen sich am 21. September 2019 zum Norddeutschen Lehrertag in Schwerin, der in diesem Jahr unter dem Motto „Digitalisierung – Chancen nutzen“ stand.



> VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann, Ministerin Bettina Martin und VBE-MV-Landesvorsitzender Michael Blanck (von links)

„Die Praxisnähe für meinen täglichen Unterricht und den unmittelbaren Nutzen für meine Arbeit kann ich nicht hoch genug herausstellen“, fasste die Gemeinschaftschullehrerin Martina Heisler aus Schleswig-Holstein den Besuch des Norddeutschen Lehrertages in Schwerin zusammen. Von echtem Mehrwert und einem großen Gewinn sprachen auch andere Kolleginnen und Kollegen, die in den neun Workshops zur Digitalisierung ihre Kenntnisse vertieft und neue Kompetenzen erworben hatten. Das Angebot der Fortbildung reichte von Anleitungen zur Bedienung des Smartboards bis hin zur Vorstellung geeigneter Apps für den Unterricht. Eine breite Palette hilfreicher Tools, den Unterricht digitaler zu machen, ein vertiefendes Seminar darüber, wie Digitalisierung Inklusion unterstützt, und nicht zuletzt auch die Aufklärung zu digitalem Missbrauch bei Mobbing und Sexting. Kompetente Referentinnen und Referenten aus

Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Hamburg machten den Tag zu einem hilfreichen Instrument für Lehrerinnen und Lehrer.

In den Grußworten klangen deutliche Töne zum Status quo der Digitalisierung an. Während Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsministerin Bettina Martin die Digitalisierung weiter zur Cheffinnsache erklärte und die unterschiedliche Ausstattungslandschaft an den Schulen anerkannte, machte sie mit Nachdruck deutlich: „Eines ist mir klar: Sie brauchen die Werkzeuge an der Schule!“ Sie bekannte sich damit deutlich zur Verantwortung des Arbeitgebers, gemeinsam mit den Schulträgern für eine schnelle und effektive digitale Versorgung zu sorgen.

Mit diesem Satz verkürzte sie allerdings das große Projekt auf die Auslieferung von Hard- und Software in die Klassenzimmer.

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, ergänzte daher prompt: „Wir brauchen nicht nur dringend die Hardware, wir brauchen darüber hinaus eine Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte und tragfähige Konzepte.“ Seit der Digitalisierung ein Thema in der Bildung sei, fordere der VBE, „dass alle Lehrkräfte ein bezahltes, qualitativ hochwertiges und stetig evaluiertes, optimiertes Fortbildungsangebot“ erhalten müssen. Und zwar innerhalb der Dienstzeit. Michael Blanck, Landesvorsitzender des VBE in Mecklenburg-Vorpommern erinnerte die Ministerin, dass alle Anwesenden freiwillig und in ihrer Freizeit hier säßen und die Fortbildung des VBE nutzen – nicht zuletzt, weil es vonseiten des Arbeitgebers davon zu wenige gebe. Nicht nur gute Fortbildungsangebote in der Dienstzeit, sondern auch Einheitlichkeit in der Ausstattung seien nötig, damit das Fortbildungskonzept sinnvoll werde, hob Blanck hervor. Einig waren

sich alle Gastrednerinnen und -redner: Beim Thema Digitalisierung bleiben noch viele offene Baustellen, auf denen schnell und effektiv gearbeitet werden muss.

Im ersten Hauptvortrag wies die Rechtsanwältin Gesa Stückmann auf die Dringlichkeit von Medienkompetenz bei Schülerinnen und Schülern hin. Anhand von Erfahrungsberichten zeigte sie, dass die Digitalisierung der Lebenswelt junger Menschen Gefahren birgt, die jeden betreffen können. Nur durch eine angemessene Medienbildung können Lehrkräfte sensibilisiert und Heranwachsende dagegen starkgemacht werden. Ihr Engagement um die bundesweite Ausbildung von Medienscouts fand im Auditorium reges Interesse und zeigte einen Weg auf, den Lernort Schule durch Aufklärung und Kompetenzbildung immun für digitalen Missbrauch zu machen.

Dr. Lea Schulz aus Schleswig-Holstein schlug mit dem Begriff DiKlusion den Bogen von der Digitalisierung zur Inklusion. Für viele der Anwesenden waren die praxiserprobten Tipps für den Einsatz digitaler Medien auf dem Weg zu einer erfolgreichen Inklusion neu und die theoriegeleiteten Hintergrundinformationen hilfreich.

„Wenn Lehrertage des VBE eine solche brauchbare Fülle an Informationen und Praxistipps bereithalten, dann müssen sie weiterhin regelmäßig stattfinden und dann lohnt es sich auch für uns Kolleginnen und Kollegen, weit anzureisen“, bemerkte Quint Gembus, Rektor einer Oberschule aus Niedersachsen.

Gottfried Hägele

Bildung

Land stellt 2019 so viele Referendare ein wie nie zuvor

In Mecklenburg-Vorpommern haben am 1. Oktober 99 Referendarinnen und Referendare ihren Vorbereitungsdienst an den staatlichen Schulen begonnen. Damit hat das Land in diesem Jahr insgesamt 446 Referendarinnen und Referendare eingestellt.



© Colourbox.de

Das sind so viele wie nie zuvor. Im vergangenen Jahr haben 335 Referendarinnen und Referendare ihren Vorbereitungsdienst an den Schulen begonnen, 2017 waren es 366. „Für die angehenden Lehrerinnen und Lehrer

beginnt heute eine weitere wichtige Etappe ihrer Ausbildung. Sie können nun anwenden, was sie an der Universität gelernt haben, und Praxiserfahrungen sammeln. Ich wünsche ihnen dabei viel Erfolg“, sagte

Bildungsministerin Bettina Martin. „Der 1. Oktober ist erst zum zweiten Mal ein zusätzlicher Einstellungstermin. Die Einstellungszahlen zeigen, dass dieser zusätzliche Termin wichtig ist und angenommen wird.

Ich freue mich über alle, die sich nach ihrem Referendariat für eine Schule im Land entscheiden. Wir können gut ausgebildete Lehrkräfte gut gebrauchen“, warb Martin.

Von den 99 Referendarinnen und Referendaren beginnen 21 den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Grundschulen, acht das Referendariat für das Lehramt für Sonderpädagogik, 15 das Referendariat für das Lehramt an Regionalen Schulen, 43 das Referendariat für das Lehramt an Gymnasien und zwölf das Referendariat für das Lehramt an beruflichen Schulen. Das Referendariat an den Schulen dauert in der Regel anderthalb Jahre.

Mecklenburg-Vorpommern stellt viermal im Jahr Referendarinnen und Referendare an den Schulen ein – so oft wie kein anderes norddeutsches Bundesland. Einstellungstermine sind der 1. Februar, 1. April, 1. August und 1. Oktober. ■

> Neuer VDStr.-Landesvorstand

Am 15. Oktober 2019 fand in Warin der Landesverbandstag des VDStr. – Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, statt.

Neben den Vertrauensleuten aus den Dienststellen und dem Landesvorstand waren auch der Bundesvorsitzende der VDStr.-Fachgewerkschaft, Hermann-Josef Siebigtheroth, sowie Dietmar Knecht, Landesvorsitzender des dbb m-v, zu Gast. Neben Themen zur Autobahn GmbH sowie den entsprechenden Tarifverträgen, Berichten aus den Dienststellen, Arbeitsschutz und Unfallverhütung stand der Landesverbandstag ganz im Zeichen der Wahl des Landesvorstandes. Ronald Braun wurde im Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Zum neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten die Delegierten Thomas Plaszczyk. Der dbb m-v gratuliert den beiden recht herzlich zu ihrer Wahl und wünscht viel Erfolg im Amt. Im Bild: Der neu gewählte Landesvorstand mit dem alten und neuen Landesvorsitzenden Ronald Braun (Dritter von rechts), seinem Stellvertreter Thomas Plaszczyk (Zweiter von rechts), dem VDStr.-Bundesvorsitzenden Hermann-Josef Siebigtheroth (rechts) und dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht (Zweiter von links).



© VDStr.

dbb Seminar Gewerkschaftsarbeit

Was uns bewegt

Am 14. Oktober 2019 trafen sich im Hotel Kloster Nimbschen mitten in Sachsen einige junge und erfahrene Mitglieder unserer Gewerkschaften und Verbände, um sich über Akteure und Instrumente der Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung fortzubilden und auszutauschen.



> Die Teilnehmer des Seminars Akteure und Instrumente der Mitgliedergewinnung und -bindung.

© SBB

Was bedeutet Gewerkschaft für Dich? Was verstehst Du unter gewerkschaftlicher Zusammenarbeit? Eine Frage, Anlass für viele Gespräche. Denn Gewerkschaftsarbeit bedeutet für jeden von uns etwas anderes: Stichworte wie Information, Hilfe, Gerechtigkeit, Macht, aber auch Freundschaft, Engagement, Unterstützung und „Machen statt Jammern“ fielen hier. Die Teilnehmer waren sich einig, dass gewerkschaftliches Engagement vor allem auf gemeinsamen Werten und Interessen beruht.

Alexander Konzack vom dbb vorsorgewerk stellte als zusätzlichen Anreiz das dbb vorsorgewerk mit all seinen Vorteilen und Sparpotenzialen vor. Diese sind für Mitglieder der SBB-Gewerkschaften wegen der exklusiven Zusammenarbeit ganz besonders interessant.

Es gibt also reichliche Gründe, warum sich der Eintritt in eine Gewerkschaft lohnt. Dafür gilt es, Nachwuchs zu gewinnen.

Dafür wurde zunächst evaluiert, wie man selbst zur Gewerkschaft gekommen ist. Auch hier war der Austausch zwischen Jung und Alt wieder sehr wertvoll. Im Anschluss berichteten sowohl Philipp Mierzwa, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend, als auch die Teilnehmer von ihren Erfolgen, aber vielleicht auch Misserfolgen bei der Mitgliedergewinnung. So konnte ein intensiver Austausch aber auch eine kreative Ideenfindung für neue Projekte und Aktionen stattfinden.

Als Landesvorsitzende des SBB veranschaulichte Nannette Seidler den Zusammenhang zwischen den einzelnen Ge-

werkschaften und dem SBB. Es wurde deutlich, dass bei der Mitgliedergewinnung im Rahmen von Veranstaltungen sowohl der SBB, als auch der dbb unterstützen können, sei es mit Infrastruktur, Kommunikation, Organisation oder das Zurverfügungstellen von Werbematerialien. Scheuen Sie sich also nicht, uns anzusprechen!

■ Stimmen der Teilnehmer

„Das Seminar war für mich hilfreich, da es mir durch den Austausch mit jugendlichen Vertretern anderer Fachgewerkschaften und auch den erfahreneren Kollegen neue Ideen für meine gewerkschaftliche Arbeit gegeben hat. Insbesondere waren die Diskussionen wie ich den Kontakt mit Mitgliedern besser halte oder aufbaue oder wo Probleme in der Mitgliederwerbung bestehen und wie diese

angegangen werden können sehr aufschlussreich. Dabei war es auch nützlich, gemeinsam die Vorteile einer Gewerkschaft zusammenzutragen und nochmal zu verdeutlichen. Durch die konstruktive Zusammenarbeit konnte ich letztlich persönlich neue Motivation für meine Arbeit gewinnen. Insgesamt lässt sich sagen, dass das Seminar in einem sehr ansprechenden Rahmen stattfand.“

(Julia)

„Das Thema „Gewerkschaftsarbeit – Mitgliederbetreuung/ Mitgliedergewinnung“ haben die Dozierenden Nannette Seidler, Philipp Mierzwa und Alexander Konzack kurzweilig und spannend vermittelt. Im Seminar hatten wir die Möglichkeit uns zu vernetzen und intensiv über die Arbeit und Probleme der Fachgewerkschaften auszutauschen. Neue Ideen für die

künftige Jugendarbeit und gewerkschaftliche Zusammenarbeit entstehen so von ganz allein. Es gilt jedoch auch, vergangene Aktionen und Tätigkeiten zu reflektieren, Fehlerquellen zu erarbeiten und bestehende Strukturen zu verändern. Ich persönlich gehe nun mit neuen Impulsen und mit neuem Mut in die weitere Gewerkschaftsarbeit.“

(Natalie)

Im Seminar konnte ich einen guten Überblick über das gewerkschaftliche Netzwerk des SBB

und der gesamten dbb Familie gewinnen. Die vermittelten Kenntnisse und Informationen sind besonders gut für Neueinsteiger im (Jugend-)Gewerkschaftsbereich geeignet. Aber auch für routinierte Vertreter(innen) und Mitglieder werden Denkanstöße und neue Impulse für ein konstruktives Miteinander und die Nachwuchsgewinnung gesetzt.

(Laura)

„Das Seminar hat mir für die Zusammenarbeit mit den Fachgewerkschaften sehr viel ge-

bracht. Es wurde noch einmal klar, wie wichtig Jugendarbeit ist und welche Grundsteine helfen, damit die Arbeit in der SBB Jugend erfolgreich wird – dabei spielt die Mitgliedergewinnung eine tragende Rolle. Auch der Austausch mit den einzelnen Teilnehmer(inne)n aus den Fachgewerkschaften war wichtig, um zu erfahren was unsere Mitglieder bewegt. Im Großen und Ganzen war es ein sehr gutes und hilfreiches Seminar zu Gewerkschafts- und Jugendarbeit!“

(Chris)

„Das Seminar hat mir erfolgreich gezeigt, dass manche alten Zöpfe in den Gewerkschaften abgeschnitten werden sollten. Die Ansprache der Nichtmitglieder zwecks Gewinnung für die Gewerkschaft muss unter anderem auch mit Methoden der sogenannten ‚Spaßgesellschaft‘ erfolgen – Turniere, Stammtisch, Ausflüge et cetera. Daraus können sich Vernetzungen, Bekanntschaften und Freundschaften ergeben, die gewerkschaftlichen Nutzen haben.“

(Norbert)

dbb jugend

Ein Wochenende für die Jugendarbeit

Während sich Freitagmittag alle langsam auf ihr Wochenende vorbereiteten, kamen zwölf junge Kolleginnen und Kollegen am 18. Oktober in Leipzig zusammen, um sich für drei Tage im START-Workshop der dbb jugend neue Impulse für ihr gewerkschaftliches Engagement zu holen.

Wozu gibt es überhaupt Gewerkschaften? Und was kann und will gewerkschaftliche Jugendarbeit eigentlich bewirken? Wie organisiere ich mich und mein Gremium oder eine geplante Aktion? Auf diese und viele weitere Fragen suchten und erarbeiteten wir Lösungen.

Die Seminarleitung war bei Philipp Mierzwa, stellvertretender Vorsitzender der dbbj, und Marco Karbach, Vorsitzender der jugendpolitischen Kommission der dbbj, in guten und erfahrenen Händen. Beide haben uns viel theoretisches Wissen, aber auch jede Menge praktische Tipps für unser Ehrenamt gegeben.

Interessant waren auch die Beiträge der Gastreferenten aus der dbb Familie. So berichtete der stellvertretende Bundesvorsitzende Volker Geyer zu seiner Arbeit und Aktuellem aus der Bundesleitung. Er nahm sich aber auch Zeit, die Meinung der Jugend zu seinen Themen abzufragen, was sehr wertschätzend war.

Ebenfalls zu Gast war die Landesvorsitzende des SBB, Nannette Seidler, die uns den Sächsischen Landesbund vorstellte und uns motivierte, uns weiter zu engagieren. Durch ihre langjährige Erfahrung konnte sie uns viele Tipps mit auf den Weg geben.



> Philipp Mierzwa, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend, spricht beim dbb START-Workshop, um den Teilnehmern einen erfolgreichen und systematischen Start in die Jugendverbandsarbeit zu ermöglichen.

Für mich war der START-Workshop eine lohnenswerte Wochenendgestaltung. Wir alle gingen am Sonntagmittag bestärkt und mit neuem Elan und neuen Ideen nach Hause. Neben dem erworbenen Wissen war es auch toll, andere Jugendliche und ihre Arbeit

kennengelernt zu haben. Philipp und Marco haben uns immer wieder aufgefordert, uns in der dbb Familie zu vernetzen. Der START-Workshop war auch dazu der erste Schritt.

Johannes Seidler (GdS)

DSTG-Ortsverband Plauen

Mehrwert für Mitglieder

Der SBB bietet in exklusiver Zusammenarbeit mit dem dbb vorsorgewerk Veranstaltungen zu berufsbezogenen Fragestellungen und aktuellen Versicherungs- und Finanzaspekten an.



© Kati Neumann

> Uwe Hofmann von der DBV informiert im Rahmen des Vortragsangebotes.

Im Rahmen von Vorträgen bei Gewerkschaftsveranstaltungen, Infoabenden oder Hoffesten stellen die Kooperationspartner sowohl den Mitgliedsverbänden als auch ihren Einzelmitgliedern Informationen zur Verfügung, um für wichtige Fragen des Berufs- und Privatlebens noch besser gewappnet zu sein.

Dabei informiert die DBV Deutsche Beamtenversicherung in den Sparten Leben, Kranken, Haftpflicht, Hausrat und Unfall, die Bausparkasse Wüstenrot in den Sparten Bausparen und Baufinanzierung. Die BBBank klärt über das Girokonto, Investmentfonds und Geldanlage, die HUK-COBURG

über die Kfz-Versicherung sowie die Nürnberger über die Bestattungsvorsorge auf.

Der DSTG-Ortsverband Plauen hat diese Möglichkeit wahrgenommen und am 2. Oktober 2019 im Haus Vogtland eine kostenlose Informationsveranstaltung für unsere Mitglieder organisiert. Zum Beispiel informierte die DBV Versicherung über Versorgung bei Dienstunfähigkeit, Pflege und rund um die Diensthaftpflicht.

dbb Gewerkschaften haben die Möglichkeit, Wünsche für weitere Themengebiete zu äußern. Interessierte wenden sich dafür an infoveranstaltung@sbb.dbb.de

SBB Senioren

Internationaler Tag der älteren Menschen

Auf Beschluss der Vereinten Nationen wird seit 1991 dieser Tag als „Internationaler Tag der älteren Menschen“ begangen. Der Aktionstag soll die Öffentlichkeit auf die Situation und die Belange der älteren Generation aufmerksam machen. Die SBB Senioren hatten an diesem Tag zur Veranstaltung „Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Organspende“ eingeladen.

Referent der Veranstaltung, Max Schindlbeck, stellvertretender Vorsitzenden der Bundesseniorenvertretung des dbb. In seinem Vortrag ging er auf die Frage der Notwendigkeit von Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Bankvollmacht ein. Ein Thema für Jung und Alt, da mit dem 18. Lebensjahr (der Volljährigkeit) das Thema jeden betreffen kann. Er erläuterte umfassend die gesetzlichen Vorschriften und händigte

Unterlagen auf dem neuesten Stand der gesetzlichen Anforderungen aus. Beispiele aus der Praxis verdeutlichten verständlich die Bedeutung dieser Dokumente. Patientenverfügungen sollten immer wieder aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht werden: Circa alle zwei Jahre wird empfohlen, da die medizinischen Möglichkeiten sich ständig weiterentwickeln. Auch das Thema Organspende und Alter wurden beleuchtet.



> Rita Müller, Vorsitzende der SBB Senioren, Max Schindlbeck, stellvertretender Vorsitzender der Bundesseniorenvertretung des dbb, und Ute Döring, stellvertretende Vorsitzende der SBB Senioren (von links).

Fazit der Anwesenden: Bislang seien sie immer mit offenen Fragen nach Hause gegangen – das sei diesmal nicht der Fall gewesen, da die Beispiele vieles verständlicher machten. Aufgrund der guten Resonanz planen die SBB Senioren weitere Veranstaltungen mit Max Schindlbeck: Am 18. März 2020 einen Vortrag zum Thema „Erben“ und am

21. Oktober 2020 nochmals zum Thema Vorsorgevollmacht. Bitte merken Sie sich bei Interesse die Termine vor.

Der Freistaat Sachsen hat unter www.pflegenetz.sachsen.de Informationen und Beratungsangebote zur Alltagsbegleitung und Unterstützung im Alltag für Senioren erarbeitet.

SBB Frauen

Engagementpreis- verleihung des Landesfrauenrates Sachsen e. V.

Als Dachverband sächsischer Frauenverbände und -initiativen verlieh am 20. September 2019 der Landesfrauenrat Sachsen e.V. den fünften Engagementpreis. Honoriert werden sollte in diesem Jahr herausragender weiblicher Einsatz zum Thema „Frauenpolitisches Engagement in Sachsen“. Unter den 19 Nominierten befand sich auch unser Ehrenmitglied Margot Sarink, der wir gemeinsam die Daumen drückten.



> Tanja Teich, Vorsitzende der SBB Frauen, und Ehrenmitglied Margot Sarink (von links).

Die Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen e. V. Susanne Köhler bedankte sich bei Frauen und Frauenorganisationen, die sich auf dem Gebiet der Gleichberechtigung gemäß Art. 3 des Grundgesetzes einsetzen.

Frank-Peter Wieth vertrat die Schirmherrin des Engagementpreises, die Ministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, und betonte, dass im Zuge der Regierungsneubildung aktuelle Förderprogramme im Bereich der Integration und Gleichstellung voraussichtlich mit Kompro-

missen weitergeführt werden könnten. Das Jahr 2019 als Jahr des Frauenwahlrechts und der Wahlen in Sachsen bringe dennoch neue Entwicklungen. Das wichtige Ziel der Modernisierung des Frauenförderungsgesetzes bleibe unverändert bestehen.

Preisträgerin des Engagementpreises 2019 ist die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bautzen Andrea Spee-Keller.

*Gabriele Stuhr,
stellvertretende
Vorsitzende SBB Frauen*

Verzicht auf Einzahlungen in den Pensionsfonds

„Keine nachhaltige Finanzpolitik“

Mit Kritik reagierte der Landeschef des Beamtenbundes, Wolfgang Ladebeck, auf den von der Landesregierung beabsichtigten Verzicht auf Einzahlungen in den Pensionsfonds, um Löcher im Doppelhaushalt 2020/2021 zu stopfen.

„Es ist nicht Sinn und Zweck des Pensionsfonds, dass das Land mit dem Geld Haushaltslöcher stopft. Der Pensionsfonds ist die Altersvorsorge der Beamtinnen und Beamten. Wenn sämtliche Pensionen für Beamtinnen und Beamte, die nach 2006 ein-

gestellt worden sind, ab 2030 komplett aus dem Fonds und nicht aus dem laufenden Haushalt finanziert werden sollen, muss kontinuierlich eingezahlt werden. Auf Verzicht zu verzichten, ist keine nachhaltige Finanzpolitik“, sagte Ladebeck.

Wegen der über Jahre niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt seien die Erträge des Pensionsfonds ohnehin drastisch abgestürzt. Außerdem erinnerte der dbb Landesvorsitzende daran, dass im Pensionsfonds auch Geld der Beamtinnen und Beamten steckt. Das Sonderver-

mögen „Versorgungsrücklage“, das in den Pensionsfonds überführt wurde, ist durch verringerte Bezügeanpassungen der Besoldungs- und Versorgungsempfänger aufgebracht worden.

Wie die „Volksstimme“ (Ausgabe vom 24. September 2019) berichtete, will die Landesregierung die Überweisung an den Pensionsfonds in Höhe von 180 Millionen Euro im nächsten Jahr aussetzen. ■

JUNGE POLIZEI stellt sich vor

Neueinstellungen in der Polizei

Sachsen-Anhalts Staatssekretärin für Inneres und Sport, Dr. Tamara Zieschang, hat am 30. August 2019 in Aschersleben 387 Polizeianwärterinnen und -anwärter ernannt. In diesem Zusammenhang veranstaltete die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Fachhochschule Polizei in Aschersleben am 9. und 10. September 2019 eine Neueinstellungsrunde.

Am 2. September 2019 starteten 124 Frauen und 263 Männer aus zwölf Bundesländern

ihre Ausbildung zur/zum Polizeimeisterin/Polizeimeister beziehungsweise ihr Studium zur/

zum Polizeikommissarin/Polizeikommissar an der Fachhochschule Polizei in Aschersleben.

Greta Dobiesz aus dem Team der JUNGEN POLIZEI in der DPoIG Sachsen-Anhalt war vor



> Das Team der DPoIG und der JUNGEN POLIZEI.

© DPoIG (3)



> „Wir legen uns ins Zeug, wenn es um Euch geht“, so das Motto der JUNGEN POLIZEI. Die neuen Kolleginnen und Kollegen informieren sich über die Vorteile einer Mitgliedschaft in der DPoLG.

Weniger Personal im öffentlichen Dienst

Laut Statistischem Landesamt in Halle arbeiten in Sachsen-Anhalt immer weniger Menschen im öffentlichen Dienst. Mit einem Rückgang um fast 1000 Personen auf gut 107 000 Beschäftigte habe sich der schon länger anhaltende Trend 2018 fortgesetzt. Seit 2008 ging die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen um gut 12 000 zurück.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 10. Oktober 2019

Ort und begrüßte am 9. September 2019 die frischgebackenen Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter. Dobiesz selbst saß vor gerade einem Jahre ebenfalls in den Reihen der neuen Kolleginnen und Kollegen. Die zweite Vorstellungsrunde übernahm am 10. September 2019 Deniz Kaya, Polizeimeister und ebenfalls aus dem Team der JUNGEN POLIZEI.

Dobiesz und Kaya informierten die neuen Kolleginnen und Kollegen über die Interessenvertretung DPoLG, im Besonderen der JUNGEN POLIZEI. Beide wis-

sen, dass die Welt nicht rosarot ist. Sie kennen Verbrecher und deren Opfer, aber sie haben auch gelernt, dass es nicht nur Gut und Böse gibt, sondern jede Menge Dinge dazwischen.

„Wir legen uns ins Zeug, wenn es um Euch geht“, so das Motto der JUNGEN POLIZEI. Die DPoLG vertritt die beruflichen, sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Polizeibeschäftigten, einschließlich der Pensionäre und Rentner. Wichtigste Aufgabe ist das Erreichen besserer Arbeits- und Einkommensbedingungen

ebenso wie eine Verbesserung der dienstlichen und beruflichen Rechte. Zudem gewährt die DPoLG ihren Mitgliedern bei dienstlichen Problemen Rechtsschutz.

Die JUNGE POLIZEI trägt als „Ideenwerkstatt“ zur gewerkschaftlichen Arbeit und Argumentation bei. Sie deckt alle Themenbereiche ab, die jüngere Kolleginnen und Kollegen interessieren. Schwerpunktmäßig kümmert sich die JUNGE POLIZEI um Fragen der jungen Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildung.

Viele junge Kolleginnen und Kollegen setzen sich mit den Vorteilen einer Mitgliedschaft in der DPoLG auseinander und konnten als neue Mitglieder in der DPoLG begrüßt werden. Ein voller Erfolg der JUNGEN POLIZEI.

Gemeinsam mit den bereits 173 im Frühjahr zur Ausbildung beziehungsweise zum Studium zugelassenen Anwärterinnen und -anwärtern konnte das Ziel von ursprünglich 500 beabsichtigten Einstellungen in 2019 deutlich überschritten werden.■



> Die frischgebackenen Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter werden von Mitgliedern der DPoLG in der Fachhochschule Polizei in Aschersleben begrüßt.

DVG-Landesgewerkschaftstag

Ulrich Stock bestätigt

Im Rahmen des 8. Landesgewerkschaftstages der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) Sachsen-Anhalt am 15. und 16. Oktober 2019 in Wernigerode wurde Ulrich Stock in seinem Amt als Landesvorsitzender der DVG einstimmig bestätigt. Der 52-Jährige ist Verwaltungsbeamter im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt.

Komplettiert wird der Landesvorstand durch den 1. stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Löwe und die weiteren stellvertretenden Landesvorsitzenden Albert Engel und Andrea Heinecke. Weiter gehören die Vorsitzenden der Bezirke Dessau, Halle und Magdeburg dem Landesvorstand an. Wolfgang Möbes wurde mit den Stimmen aller Delegierten zum Ehrenmitglied der DVG Sachsen-Anhalt ernannt. Möbes war von 2005 bis 2019 Landes-schatzmeister.

Der Landesgewerkschaftstag nahm einstimmig einen Leitantrag mit einem klaren Bekenntnis zur Allgemeinen Verwaltung an. Unter dem Leitthema „Für die Menschen. Für das Land. Allgemeine Verwaltung.“ stellten die Delegierten klare Forderungen an die Politik. „Um die Aufgabenerfüllung auch in Zukunft sicherstellen zu können, braucht der öffentliche Dienst motivierte Mitarbeiter. Diese können nur durch die Einsicht der Arbeitgeber gewonnen werden, sich zur Ausbildung als Instrument der Nachwuchsgewinnung und zur

Übernahme nach der Ausbildung zu bekennen. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes als alleinigen Anreiz zu sehen, ist eine Fehleinschätzung. Im Wettbewerb um qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber muss der öffentliche Dienst Perspektiven aufzeigen“, betonte Stock.

Insgesamt 23 Forderungen enthält ein Leitantrag der DVG an die Landespolitik, wie die Forderung nach der laufbahn-



> Der neue Landesvorstand der DVG Sachsen-Anhalt: Michael Deckert, Bezirksvorsitzender Magdeburg, Petra Höllmann, Bezirksvorsitzende Halle, Andrea Heinecke, stellvertretende Landesvorsitzende, Ulrich Stock, Landesvorsitzender, Albert Engel, stellvertretender Landesvorsitzender, Thomas Löwe, 1. stellvertretende Landesvorsitzende, sowie Karl-Heinz Bock, Bezirksvorsitzender Dessau (von links).

rechtlichen Anerkennung von Masterabschlüssen im allgemeinen Verwaltungsdienst. Dies war auch Thema einer Podiumsdiskussion mit Rüdiger Erben, innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Iris Herfurth, stellvertretende Landesvorsitzende des dbb

sachsen-anhalt, und Ulrich Stock. Unter der Moderation von Sophie Hubbe, Friedrich-Ebert-Stiftung, diskutierten die Teilnehmenden über Fragen der Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Neben dem Leitantrag nahmen die Delegierten weitere zwölf Anträge an. Die Themen reichten von der jährlichen Sonderzahlung bis zur Laufbahnausbildung.

Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) stellte in seinem Grußwort die Bedeutung der allgemeinen Verwaltung heraus. Hierbei verglich Stahlknecht die allgemeine Verwaltung mit einem Maschinenraum. Ein positiver Vergleich findet Ulrich Stock. „Diese Assoziation verstehen wir als Wertschätzung unserer täglichen Arbeit in den verschiedensten Bereichen der Landesverwaltung von Sachsen-Anhalt“, sagte Stock.

Herfurth, die auch Landesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Sachsen-Anhalt ist, forderte ebenfalls von der Politik eine stärkere Wertschätzung der Beschäftigten sowie eine Nachwuchskampagne für den öffentlichen Dienst ein.



> Jürgen Kretzschmar, stellvertretender Bundesvorsitzender der DVG, Holger Stahlknecht, Innenminister Sachsen-Anhalt, und Iris Herfurth, stellvertretende Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, mit dem wiedergewählten DVG-Landesvorsitzenden Ulrich Stock (von links)



Herfurth unterstrich zudem die wichtige Rolle des Ehrenamts in der Gewerkschaft.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Tariffkommission der DVG, Jürgen Kretzschmar, sprach in seinem Grußwort über die aktuelle Tarifsituation in den Bundesländern. Er forderte unter anderem wieder gemeinsame Tarifverhandlungen des Bundes, der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Er räumte aber ein, dass gegenwärtig dieses Ziel als nicht leicht erreichbar angesehen werde. Die notwendige Tarifmacht der Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Forderungen sei ein Schwerpunkt.



> Podiumsdiskussion: Rüdiger Erben, MdL, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Sachsen-Anhalt, Iris Herfurth, stellvertretende Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Sophie Hubbe, Moderatorin – Friedrich-Ebert-Stiftung, Ulrich Stock, Landesvorsitzender der DVG Sachsen-Anhalt (von links)

Landesvorsitzender Stock zog eine positive Bilanz des 8. DVG. Landesgewerkschaftstages: „Es geht ein starkes Signal von Wer-

nigerode in die Landespolitik. Wir werden in unseren Gesprächen mit der Landespolitik unseren Leitantrag und die weiteren

Anträge thematisieren. Die Allgemeine Landesverwaltung wird die notwendige Wertschätzung einfordern“, betonte Stock. ■

Gemeinschaftsschulen

Keine politischen Spielchen auf Kosten der Bildung

Gibt es neuen Ärger an Sachsen-Anhalts Schulen? Zwei der neu eingerichteten Abiturstufen an den Gemeinschaftsschulen in Wolmirstedt und Aschersleben droht nach Medienberichten offenbar das Aus. Hintergrund, so den Berichten zufolge, sei, dass die erforderliche Mindestschülerzahl nicht ganz erreicht sei. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Sachsen-Anhalt hält das Festhalten an der Mindestschülerzahl für ein vorgeschobenes Argument des Bildungsministers.

Grund für den anstehenden Ärger: ein Schreiben von Bildungsminister Marco Tullner (CDU) an SPD-Fraktionschefin Katja Phäle. Darin pocht Bildungsminister Tullner auf geltende Regeln. Für die Organisation einer Oberstufe seien wenigstens 50 Schüler nötig. Im August 2019 seien aber nur 48 Schüler in Wolmirstedt und 44 in Aschersleben in die elften Klassen gestartet.

Torsten Wahl, Landesvorsitzender des VBE Sachsen-Anhalt, ist sauer. „Es gibt andere Schulen in anderen Schulformen, die trotz längerfristiger Unterschreitung der Zahlen nicht in ihrem Bestand gefährdet sind“, kritisiert Wahl. „Ich empfinde es als unseriös und nicht akzeptabel, dass nur wenige Tage nach dem Start Schülerinnen und Schüler, Eltern und die kompletten Lehrerkollegien

auf diese Art und Weise vor den Kopf gestoßen werden. Der Bildungsminister sollte allen Beteiligten gegenüber erklären, dass sie Ruhe und Sicherheit in dieser so wichtigen Phase haben werden“, so Wahl weiter. Die Gemeinschaftsschule habe sich neben den anderen Schulformen im Land mittlerweile etabliert. Dass sie nun zum Spielball bildungs- und parteipolitischer Spielchen werde, kann der VBE Sachsen-Anhalt nicht akzeptieren. Gerade der Beginn und Aufbau des ersten Jahrgangs einer Abiturstufe sollte unterstützt und begleitet werden.

Hintergrund:

Gemeinschaftsschulen sind seit 2013 fest in der Schullandschaft Sachsen-Anhalt etabliert. Die Gemeinschaftsschule ermöglicht den Erwerb aller Abschlüsse der allgemein-

bildenden Schulen, das heißt, den Hauptschulabschluss beziehungsweise den qualifizierten Hauptschulabschluss, den Realschulabschluss beziehungsweise den erweiterten Realschulabschluss und das Abitur. Erstmals nach dem Start vor sechs Jahren führen in diesem Schuljahr zwei von insgesamt 38 öffentlichen Gemeinschaftsschulen in Sachsen-Anhalt Schüler zum Abitur: 48 Schüler in Wolmirstedt und 44 Schüler in Aschersleben. Drei weitere Schulen wollen in Zukunft eine eigene Oberstufe einrichten, die übrigen 33 bestehenden öffentlichen Gemeinschaftsschulen setzen dagegen auf eine Kooperation mit einem Gymnasium oder einer anderen Schule. Anders als an Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen lernen Jugendliche in der Schulform bis zum Ende der achten Klasse zusammen. ■

tbb Landeshauptvorstand

Mit Dynamik Richtung Gewerkschaftstag 2020

Am 25. Oktober 2019 tagte in Erfurt die jährliche Herbstsitzung der 34 Fachgewerkschaften des tbb.

Durch den amtierenden Landesvorsitzenden Helmut Liebermann wurde die Sitzung eröffnet. Hartmut Gunkel (VdB Bundesbankgewerkschaft) und Christian Bürger (dbb jugend thüringen) wurden offiziell in den Reihen des Landeshauptvorstandes (LaHaVo) mit einem Blumenstrauß begrüßt.

Seit Februar 2019 ist die Bundesbankgewerkschaft Mitglied im Landesbund Thüringen. Die dbb jugend thüringen wählte im März 2019 einen neuen Vorstand – mit Christian Bürger als Landesjugendvorsitzendem an der Spitze.

Mehr als deutlich formulierte der Jugendvorsitzende in seinen Ausführungen, dass der Einfluss der Jugend, welche in der digitalen Welt aufgewachsen ist, mehr als notwendig ist – gerade in der Gewerkschaftsarbeit, um den Dachverband weiterzuentwickeln. Die Jugend versteht sich als Brückenbauer, Netzwerkschleifer, als mediale, digitale Natives, die

den bisherigen Arbeitsweisen und Abläufen konträr gegenüberstehen.

Das Potenzial, welches dem tbb durch die Jugendvertreter zur Verfügung steht, ist für die Mitgliedergewinnung der Fachgewerkschaften und dem LB Thüringen enorm wichtig. Neue Netzwerke und Sichtweisen innerhalb der Fachgewerkschaften sowie das Verflechten von Jung und Alt waren deutlich erkennbar. Für 2020 planen die tbb senioren ein gemeinsames Seminar mit der dbb jugend thüringen.

„Es gibt mehr Gemeinsamkeiten, als auf den ersten Blick erkennbar“, so Bürger.

Im Sitzungsverlauf wurden weitere wichtige Themen besprochen wie: die Landtagswahlen in Thüringen, die Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung, neue Vorschriften zum Reisekostenrecht und die Pauschale Beihilfe. Den größten Schwer-

punkt bildete der Themenkomplex Vorbereitung Gewerkschaftstag im März 2020 in Friedrichroda. Für die Bestimmung des Mottos, für die Besetzung der Ämter, die Aufschlüsselung der Delegiertenzahlen sowie die Vorbereitung der Antragstellung wurde ein großer Zeitpuffer eingeplant. Ein Vortrag der Wüstenrot Bausparkasse durch Benjamin Jesch und ein Vortrag des dbb Dienstleistungszentrums Ost (dlz-ost) durch Herrn Mario Martin bereicherten die Herbstsitzung.

Wurden zu Beginn der LaHaVo-Sitzung zwei neue Vertreter begrüßt, kam es am Ende der Sitzung zur Verabschiedung bisheriger Vertreter und Vertreterinnen aus dem Gremium. Frau Renate Dreyse (GdV – Gewerkschaft der Sozialversicherung), Frau Alla Queißner (VAB – Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr) und Herr Peter Lenz (VHDT – Verband der Verwaltungsbeamten des Höheren Dienstes in Thüringen) wurden durch den Landesvorsitzenden mit Blumen und Wein herzlich verabschiedet. Liebermann bedankte sich für die jahrelange Unterstützung



> Helmut Liebermann überreicht Renate Dreyse zum Abschied Blumen und Wein.



> Auf Wiedersehen auch für Alla Queißner vom VAB, der trotz weitem Anfahrtsweg stets die Belange des tbb am Herzen lag.



> Helmut Liebermann freute sich auf den bisherigen VHDT-Landesvorsitzenden Peter Lenz und dankte für die gute Zusammenarbeit.

in Sachthemen, Treue und Spaß an der Gewerkschaftsarbeit. Jeder von ihnen hatte bereits den Staffelstab an ihre jeweiligen Nachfolger/Nachfolgerinnen übergeben. ■

Landesjugendausschuss 2019

Engagiert und inhaltsstark

Am 27. September 2019 trafen sich die Delegierten der dbb jugend thüringen zum Landesjugendausschuss in Erfurt. Neben einem neuen Grundsatzpositionspapier wurden vier weitere Positionspapiere beschlossen.

Kinderrechte in der Landesverfassung zu verankern und mehr Aufstiegschancen für junge Beamte und Beschäftig-

te im öffentlichen Dienst gehören genauso zu den Forderungen der dbb jugend thüringen wie die Forderung

nach mehr Vielfalt und Stärkung des Ehrenamtes im Freistaat. Die Positionspapiere können auf der Homepage im

Bereich Jugend nachgelesen werden.

Die dbb jugend thüringen fordert unter anderem die Anhebung der Eingangssämter im mittleren Dienst, die Regelbeförderung in allen Bereichen und ein Ende der rechtswidri-

gen Tarifpraxis in vielen Thüringer Kommunen, die Eingruppierungen nach Gutdünken vornehmen und Tarifentgelte, rechtswidrig, auf Erfahrungsstufe 2 einfrieren.

Ferner wurden der Haushaltsplan für 2020, der Beitrittsantrag für den Landesjugendring Thüringen und Satzungsänderungsempfehlungen an den Landesjugendtag beschlossen.

Als Gäste konnten tbb Landeschef Helmut Liebermann, tbb Seniorenchef Burkhard Zamboni, der stellvertretende Bundesjugendleiter Philipp Mierzwa, die hessische Landesjugendleiterin Julika Lückel sowie die stellvertretende Landesjugendleiterin der dbb Jugend Sachsen-Anhalt, Lisa Birke, begrüßt wer-

den. Der Vorsitzende des TLV, Rolf Busch, lieferte zum Thema „Gewalt im öffentlichen Dienst“ einen wichtigen Impuls an das Gremium.

Landesjugendleiter Christian Bürger erinnerte in seinem Bericht an die anstehenden Landtagswahlen in Thüringen und ihre Bedeutung. „Wir müssen selbst engagiert für unsere Demokratie streiten, damit auch andere junge Menschen diesem Vorbild folgen können“, so Christian Bürger. „Die politische Entwicklung in Thüringen und im ganzen Osten Deutschlands bereitet uns Sorge. Es gilt mehr engagierte Streiter für die Demokratie zu gewinnen und gegen Klischees über den Osten Deutschlands anzukämpfen. Vokabeln wie „Dunkeldeutschland gehören end-



> Alle Teilnehmer des Landesjugendausschusses

gültig auf den Müllhaufen der Geschichte“, so Bürger weiter.

Ein herzlicher Dank gilt der Debeka für die umfassende Unterstützung durch die Stellung des Tagungsraumes.

Für alle Nicht-Thüringer gab es am Ende des Ausschusses noch ein kleines Andenken an Thüringen: dem Klaus der Kloß.

Christian Bürger, Landesjugendleiter dbb Jugend Thüringen

tbb Inside

Infoveranstaltung zur Pauschalen Beihilfe

Welche Versicherungsform ist für mich die bessere? Kann ich meine Wahl rückgängig machen? Wie gestaltet sich ein eventueller Wechsel zwischen gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und privater Krankenversicherung (PKV)? Ich bin kommunaler Beamter – gilt das auch für mich? Diese neue Form der Beihilfegewährung wirft bei Anwärtern und Beamten viele Fragen auf.

Im Juli 2019 hat der Thüringer Landtag (GVBl. Seite 298) beschlossen, das Thüringer Beamten-gesetz (ThürBG) ab dem 1. Januar 2020 im Bereich der Beihilfe zusätzlich um die Variante der Pauschalen Beihilfegewährung zu ergänzen.

Am 21. Oktober 2019 veranstaltete der tbb zum Thema: „Was bringt mir die Pauschale Beihilfe?“ eine Infoveranstaltung. Gemeinsam mit Vertre-

tern der Debeka (PKV) sowie der AOK Plus (GKV) konnten einige dieser Eingangsfragen beantwortet werden.

Die Systeme der PKV und der GKV unterscheiden sich grundlegend. Der Beitrag in der PKV berechnet sich nach dem eigenen Gesundheitsrisiko und ist unabhängig vom persönlichen Einkommen. Der Geringverdiener und der Spitzenverdiener zahlen das Gleiche bei gleichen

gesundheitlichen Voraussetzungen und gleichem gewählten Leistungsumfang. Der Beitrag in der GKV ist sozial gestaffelt nach der Summe aller Einkünfte (auch Witwer(n)renten, Mieteinnahmen et cetera).

In der Veranstaltung wurden durch die Fachleute der Debeka und der AOK Plus die Vor- und Nachteile sowie Kostengegenüberstellungen herausgearbeitet. Es wurde deutlich, dass die neue Form der Beihilfegewährung nur für einen kleinen Personenkreis kostengünstiger ist.

Die klassische Form der Beihilfegewährung in Form der individuellen Beihilfe mit Restkostenversicherung in der PKV ist nach den dargestellten Vergleichsrechnungen nach unserer Ansicht für den Großteil der Anwärter und Beamten die kostengünstigere und leistungsumfangreichere Form der Absicherung im Krankheitsfall. Bei Vorerkrankungen oder Beeinträchtigungen oder aufgrund familiärer Lebensumstände (mittlerer Dienst, mehr als ein Kind und/oder Einverdienerhaushalt) kann die pauschale Beihilfe mit einer freiwilligen



© Pixabay/Tumiso

Versicherung in der GKV aufgrund der Familienversicherung eine Alternative darstellen. Im Rahmen der Veranstaltung konnte auch mit einem alten Vorurteil gegenüber der PKV aufgeräumt werden. So wurde geklärt, dass die Beiträge im Alter nicht steigen. Für Versorgungsempfänger mit Wahl

individuelle Beihilfe und Restkostenversicherung in der PKV sinkt der zu versichernde Anteil sogar auf 30 Prozent (bis dahin 50 Prozent) aufgrund des gestiegenen Beihilfeanteils.

Das alles zeigt, dass man sich in jedem Fall schon vor Ausbildungsbeginn/Probezeitverbe-

amung informieren und auch mehrere Vergleichsangebote einholen sollte, die gegebenenfalls auch die persönliche Lebens- und Familienplanung mit einschließen. Denn, ob die pauschale Beihilfe gegenüber der „individuellen“ Beihilfe Vorteile hat, ist Ergebnis der eigenständigen freiwilligen Entscheidung

der (zukünftigen) beihilfeberechtigten Person. Alle Krankenkassen sind Ihnen gegenüber in der Beratungspflicht. Nutzen Sie das!

Der tbb plant weitere Inforeveranstaltungen hierzu. Bitte kontaktieren Sie die tbb Landesgeschäftsstelle! ■

dbb jugend thüringen

Ideencampus „Let's Get Digital“

Am 22. Oktober 2019 hat die dbb jugend bund zum ersten Ideencampus mit dem Motto „Let's Get Digital“ im dbb forum berlin geladen. Es sollten angeregte Diskussionen und ein Ideenaustausch zur Prämisse der Digitalisierung im öffentlichen Dienst stattfinden.

Zum Start gab es ein kurzes Video zur Einstimmung und Karoline Hermann, Vorsitzende der dbb jugend (Bund), legte die Ansichten der dbb jugend zum Thema Digitalisierung im öffentlichen Dienst dar. Herr Silberbach, dbb Bundesvorsitzender, begrüßte ebenfalls die Anwesenden und machte deutlich, dass er die dbb jugend als Hilfe für den dbb sieht.

Anschließend führte Eva Christiansen, Abteilungsleiterin im Bundeskanzleramt, Abteilung 6 – Politische Planung, Innovation und Digitalpolitik, Strategische IT-Steuerung, die bisherigen Bemühungen und Umsetzungen der Bundesregierung zur Digitalisierung von Verfahren und den dazugehörigen Gesetzen aus. Unter anderem wurde ein Digitalrat gebil-

det, welcher Workshops für die Staatssekretäre abhält. Außerdem gibt es ein Digitalkabinett, welches zur Abstimmung zwischen den einzelnen Ressorts dient. Sie mahnte zu mehr Kommunikation zwischen den Ministerien/Behörden.

Des Weiteren gibt es 14 Digitalisierungslabore, in denen Prozesse digitalisiert werden sollen und zwei zusätzliche Labore, welche die Alltagstauglichkeit der Gesetze/Gesetzesvorschläge prüfen. Stefanie Hecht, M. Sc., wissenschaftliche Mitarbeiterin Digital Public Services (DPS), Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS, klärte danach über wichtige Digitalisierungsbegriffe und deren Bedeutung auf und führte aus, wie die Prüfverfahren der Digi-

talisierungslabore aussehen. Außerdem stellte sie erste Resultate dieser Prüfverfahren vor.

Zum Abschluss des Vormittags stellten sich die jungen Politiker Maximilian Görlich, Vorsitzender der Jungen Union Steglitz-Zehlendorf, Max Lucks, Sprecher Grüne Jugend, Ria Schröder, Bundesvorsitzende Junge Liberale, Maxi Schulz, Bundessprecher(innen)rates linksjugend, und Josef Parzinger, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos, in einer Fishbowl den Fragen des Publikums.

Nach der Mittagspause bekämpfte das Improtheater „Die Gorillas“ die Mittagsmüdigkeit mit einer sehr humorvollen Vorstellung und lockerte die Stimmung gut auf.

Danach gab es drei Workshops, Workshop 1 mit dem Thema „Notwendige Änderungen in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen aufgrund der Digitalisierung“ von Jürgen Böhm, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, Workshop 2 mit dem „Blick über den Tellerrand: Digitale Verwaltung international“ von Janna Gall, stellvertretende Bundesjugendleiterin DVG, und Workshop 3 zum Thema „Was bedeutet Digitalisierung für Personalvertreter(innen)?“ von Christina Dahlhaus, Bundesvorsitzende DPVKOM. Da diese zeitgleich stattfanden, wurden die Seminarteilnehmer auf diese verteilt und erarbeiteten eine eigene Meinung zum jeweiligen Thema. Diese Meinungen wurden dann vor allen präsentiert. Liv Grolik, stellvertretende Vorsitzende dbb jugend (Bund), beendete den Ideencampus mit einem zusammenfassenden Schlusswort.

Insgesamt war die Veranstaltung recht konstruktiv und gab einen guten Einblick in die Bemühungen der Bundesregierung und zeigte auch, dass die vorherrschenden Probleme der Digitalisierung in den einzelnen Bundesländern und Behörden recht gleich sind und alle Lösungen/Lösungsansätze begrüßen würden. Bleibt abzuwarten, was die Digitalisierungsvorhaben der Bundesregierung bewirken und wie diese aussehen.

Martin Peters, stellvertretender Landesjugendvorsitzender dbb jugend thüringen

VHDT

Europäische Institutionen – Fortbildungsreise nach Brüssel

Europa wird für unser tägliches Leben und unser berufliches Handeln immer bedeutsamer. Umso wichtiger ist es, einen Einblick in das Handeln der europäischen Institutionen und das Zusammenwirken der verschiedenen Stellen zu erhalten. Es gilt, den Blick über Thüringen und Deutschland hinaus zu weiten.

Der Verband der Verwaltungsbeamten des Höheren Dienstes im Freistaat Thüringen (VHDT) hat deshalb vom 13. bis 15. Oktober eine Fortbildungsreise nach Brüssel organisiert. Rund 30 Personen nahmen teil. Das inhaltliche Programm begann am 14. Oktober 2019 in der Vertretung des Freistaates Thüringen bei der EU (Landesvertretung Thüringen).

Die Landesvertretung Thüringen hat uns in Brüssel in Person durch Dr. Friedrichsen hervorragend betreut. Wir erhielten Einblick in die Aufgaben der Landesvertretung.

Die Thüringer Interessen einerseits möglichst wirksam wahrzunehmen, zum anderen aber auch Entwicklungen auf europäischer Ebene so früh wie möglich zu erfassen, ist Aufgabe der Landesvertretung.

Aktuell stehen einige wichtige Themen an, zu denen wir Informationen erhielten. Ein erheblicher Anteil der investiven Mittel, die in Thüringen eingesetzt werden, stammt von der EU.

So erhielten wir einen Einblick in die aktuell diskutierten Fragen zur finanziellen Ausstattung



> Die VHDT-Teilnehmer(innen) zu Besuch in Brüssel auf ihrer Fortbildungsreise „Europäische Institutionen“.

der Agrarpolitik, aber auch des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Ein Besuch im Haus der Europäischen Geschichte machte uns einmal mehr deutlich, dass die EU nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, sondern ein historisches Friedensprojekt.

Im Anschluss besuchten wir das Europäische Parlament (EP), welches uns durch die völlig anderen Abläufe als wir sie aus dem Bundestag oder auch dem Landtag kennen, beeindruckte. Wäre der Fraktionszwang im Europäischen Parlament so ausgeprägt wie in einem bundesdeutschen, wäre die Wahl von Ursula von der Leyen wohl anders verlaufen. Faszinierend sind auch immer wieder die Sprachprobleme. Es gibt Dolmetscher für 24 verschiedene Sprachen und die Übersetzungsgenauigkeit liegt bei über 97 Prozent.

Anschließend hatten wir Gelegenheit, noch mit Frau Walsmann, der direkt aus

Thüringen stammenden Abgeordneten des EP, zu diskutieren. Die Aufgaben des EP haben sich im Laufe der Jahrzehnte verändert und dennoch ist es nicht ohne Weiteres mit einem nationalen Parlament in Deutschland zu vergleichen. Mehr noch als auf der nationalen Ebene gilt es, die regionalen und politischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu berücksichtigen.

Der nächste Tag galt der Kommission. Einmal mehr haben wir uns über Geld, den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), unterhalten. Die Komplexität der Entwicklung und der zu berücksichtigenden Interessen wurden deutlich. Dass die weitere Entwicklung der EU mit Unbekanntem behaftet ist, dürfte jedem, der aktuell die Nachrichten verfolgt, geläufig sein. Dies noch einmal unmittelbar vor Ort und von Personen zu erfahren, die diesen Prozess nicht nur begleiten, sondern auch gestalten, machte den weiteren Reiz der Reise aus.

Volker Kurz,
VHDT Landesvorsitzender

> Blickwinkel Seniorenarbeit

Beteiligung stärken

Das Thüringer Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren (ThürSenMitwBetG) ist seit dem 19. Oktober 2019 in Kraft. Die tbb Seniorenvertretung war aktiv an der Gesetzgebung in Form von Stellungnahmen beteiligt. Die Demografie in Thüringen zeigt deutlich, dass der Anteil der Älteren an der Bevölkerung immer mehr ansteigt und sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen wird. Die Seniorenarbeit wird künftig einen höheren Stellenwert einnehmen als bisher. Senioren aktiv am öffentlichen Leben, miteinander und vereint mit dem Rest der Gesellschaft zu beteiligen, sind Maßnahmen, welche es anzupacken gilt. Wichtige Seniorenthemen sind dabei: Vorsorge und Pflege, Fit und gesund im Ruhestand, Internet für Senioren sowie Wege aus der Einsamkeit. Im Erfurter Seniorenrat der Stadtverwaltung Erfurt wurde Roland Richter (stellvertretender Vorsitzende GdV – Gewerkschaft der Sozialverwaltung, Foto) am 17. Oktober 2019 zum neuen Seniorenvorsitzenden gewählt. Herzlichen Glückwunsch!



